Vorblatt

Ziel(e)

- Dauerhafte finanzielle Absicherung von Tageseltern im eigenen Haushalt
- Umsetzung der Vorgaben der Novelle zum Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetz 2019, LGBl. Nr. 71/2023

Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

- Regelung der Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern.

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt

Da meist Frauen als Tagesmütter tätig sind, um Familie und Beruf vereinbaren zu können, trägt die finanzielle Verbesserung dieser Berufsgruppe zu einer allgemeinen Aufwertung der sozialen Stellung von Frauen bei. Für Männer könnte die Regelung zu einem Anreiz führen, diesen Beruf zu ergreifen.

Auswirkungen auf die Umwelt/das Klima

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union

Der Entwurf dient nicht der Durchführung oder Umsetzung des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens

Keine.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil mit Wirkungsorientierter Folgenabschätzung

Vorhabensprofil

Bezeichnung des Regelungsvorhabens: Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit der die StKBFG-Durchführungsverordnung 2023 geändert wird

Einbringende Stelle: Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft

Laufendes Finanzjahr: 2023

Jahr des Inkrafttretens/Wirksamwerdens: 2024

Beitrag zu Wirkungsziel im Landesbudget

Das Vorhaben trägt zu folgendem Wirkungsziel bei:

Bereich Landesrat Werner Amon, MBA

Globalbudget Bildung und Gesellschaft

Wirkungsziel Z031:

„Alle Menschen in der Steiermark finden auf Basis ihrer Potenziale und unabhängig von Einkommens- und Vermögensverhältnissen die gleichen Bildungschancen vor - Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen, Pflichtschulen und Musikschulen“.

Problemanalyse

Anlass und Zweck, Problemdefinition

Tageseltern werden von ihren Arbeitgeberinnen/Arbeitgebern auf Grund der in den Betreuungsverträgen für jedes betreute Kind vereinbarten Wochenstundenanzahl entlohnt. Reduziert sich diese Anzahl der Wochenstunden, weil z.B. der Betreuungsvertrag für ein Kind aufgelöst wird, so ist für die Tagesmutter/den Tagesvater damit automatisch auch ein geringeres Gehalt verbunden. Dies hat für die Tagesmutter/den Tagesvater zwar den Vorteil, dass sie/er selbst entscheiden kann, wieviel Zeit sie/er für die Betreuung von Tageskindern aufwenden möchte, es führt andererseits aber zu einer für Tageseltern unsicheren finanziellen Situation, denn auf Grund geringerer Nachfrage müssen sie unter Umständen Gehaltseinbußen hinnehmen, mit denen sie nicht gerechnet haben.

Zum Ausgleich von finanziellen Einbußen von Tageseltern bei Stundenrückgängen sowie geringerer Auslastung leistet das Land Steiermark bereits seit 2016 unter bestimmten Voraussetzungen und nach einem bestimmten Berechnungsschlüssel über Antrag Ausgleichszahlungen in der Höhe von derzeit € 5,69 pro Stunde an die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber der Tagesmutter/des Tagesvaters. Diese/Dieser muss sich im Gegenzug dazu verpflichten, für das Ausmaß der jeweiligen Stundenaufzahlung eine Überbrückungshilfe an die Tagesmutter/den Tagesvater mindestens in der Höhe des Stundengehaltes laut dem jeweils geltenden Mindestlohntarif für Tagesmütter (-väter), die von Vereinen oder Privatkindergärten beschäftigt werden und im eigenen Haushalt Kinder betreuen, auszubezahlen.

Bisher schloss das Land für diese Förderung auf privatrechtlicher Basis jeweils für ein Kalenderjahr einen Fördervertrag mit der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber der Tagesmutter/des Tagesvaters ab. Zur Absicherung der Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber der Tageseltern wurde die Förderung für die Gewährung einer Überbrückungshilfe jedoch durch die Novelle LGBl. Nr. 71/2023 in das Steiermärkische Kinderbetreuungsförderungsgesetz 2019 (StKBFG 2019) aufgenommen (§ 3 Abs. 5 und Abs. 6). Die Voraussetzungen, unter denen ein Förderungsbeitrag für die Gewährung der Überbrückungshilfe gewährt wird, wurden dabei aus dem aktuellen Fördervertrag für 2023 übernommen und eine entsprechende Valorisierung des derzeitigen Förderbetrages vorgesehen. Diese gesetzlichen Änderungen werden mit 1.1.2024 in Kraft treten.

Die Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen sind gemäß § 3 Abs. 6 StKBFG 2019 idF LGBl. Nr. 71/2023 durch Verordnung der Landesregierung zu regeln. Die Regelung dieser Modalitäten soll durch die vorliegende Verordnung erfolgen.

Nullszenario und allfällige Alternativen

Wenn keine Verordnung erlassen wird, die die näheren Umstände für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen des Förderungsbeitrages für die Gewährung einer Überbrückungshilfe regelt, sind die genauen Modalitäten, unter denen der Förderungsbeitrag gewährt werden kann, unklar und die in der Novelle LGBl. Nr. 71/2023 zum StKBFG 2019 vorgesehenen gesetzlichen Regelungen zu dieser Förderung könnten in der Praxis nicht umgesetzt werden.

Ziele

Ziel 1: Dauerhafte finanzielle Absicherung von Tageseltern im eigenen Haushalt

Beschreibung des Ziels:

Durch die Gewährung der Überbrückungshilfe und den Förderungsbeitrag des Landes dafür an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern, die im eigenen Haushalt Tageskinder betreuen, werden finanzielle Einbußen von Tageseltern bei Stundenrückgängen sowie geringerer Auslastung auf Basis einer gesetzlichen Regelung dauerhaft abgedeckt.

Wie sieht der Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Die Förderung an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern für die Gewährung der Überbrückungshilfe an Tageseltern bei Stundenrückgängen und geringer Auslastung wird mittels Vertrag ohne dauerhafte finanzielle Absicherung gewährt.	Die Förderung an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern für die Gewährung der Überbrückungshilfe an Tageseltern bei Stundenrückgängen und geringer Auslastung wird auf Basis einer gesetzlichen Regelung mit entsprechender Durchführungsverordnung gewährt und bietet damit dauerhafte finanzielle Absicherung.

Ziel 2: Umsetzung der Vorgaben der Novelle zum Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetz 2019, LGBl. Nr. 71/2023

Beschreibung des Ziels:

Die Novelle LGBl. Nr. 71/2023 zum StKBFG 2019, die mit 1.1.2024 in Kraft tritt, regelt in § 3 Abs. 6, dass die Landesregierung die Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern durch Verordnung zu regeln hat. Mit der vorliegenden Verordnung soll diese gesetzliche Vorgabe umgesetzt werden.

Wie sieht der Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Keine Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben	Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben

Maßnahmen

Maßnahme 1: Regelung der Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern.

Beschreibung der Maßnahme:

Erlassung einer Verordnung, mit der die Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern geregelt werden.

Umsetzung von Ziel 1, 2

Wie sieht der Erfolg aus:

Ausgangszustand Zeitpunkt der WFA	Zielzustand Evaluierungszeitpunkt
Fehlende Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern	Festlegung der Modalitäten für die Antragstellung, die Nachweislegung sowie die Aus- und Rückzahlungen zum Förderungsbeitrag für die Gewährung einer Überbrückungshilfe an die Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber von Tageseltern.

Interne Evaluierung

Zeitpunkt der internen Evaluierung: 2029

Finanzielle Auswirkungen auf den Landeshaushalt und andere öffentliche Haushalte

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen. Die Belastung des Landesbudgets durch die Auszahlung eines Förderungsbeitrages für die Gewährung der Überbrückungshilfe an Tageseltern ergibt sich bereits aus dem Gesetz und wird durch die Durchführungsverordnung nicht beeinflusst.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt

Da meist Frauen als Tagesmütter tätig sind, um Familie und Beruf vereinbaren zu können, trägt die finanzielle Verbesserung dieser Berufsgruppe zu einer allgemeinen Aufwertung der sozialen Stellung von Frauen bei. Für Männer könnte die Regelung zu einem Anreiz führen, diesen Beruf zu ergreifen.

Auswirkungen auf die Umwelt/das Klima

Die beabsichtigte Regelung hat voraussichtlich keine Auswirkungen.

Verhältnismäßigkeitsprüfung im Sinne der Richtlinie (EU) 2018/958

Die Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung war nicht erforderlich, da die vorgeschlagene Regelung weder die Aufnahme noch die Ausübung eines reglementierten Berufs betrifft.

II. Besonderer Teil

Zu § 6a:

Hier werden der Geltungsbereich und das Ziel der Verordnung, die sich eigentlich bereits aus dem StKBFG 2019 ergeben, zur Klarstellung erneut festgehalten.

Zu § 6b:

Abs. 1:

Zum Zeitpunkt der Antragstellung kann nur eine vorläufige Anzahl von Tageseltern bekanntgegeben werden, da sich die Anzahl der Tageseltern noch ändern kann und die Tageseltern sich für maximal 3 Monate, für die sie die Überbrückungshilfe möchten, noch im ganzen Kalenderjahr zum jeweils Monatsersten entscheiden können. Ohne entsprechenden Antrag mit der vorläufigen Angabe der Tageseltern, die für die Gewährung des Förderungsbeitrages maximal in Frage kommen, wäre aber keine Akontierung möglich.

Bei kleinen Trägern könnte es theoretisch passieren, dass sich die Zahl der Tageseltern im laufenden Kalenderjahr erhöht und sich alle Tageseltern für die Überbrückungshilfe entscheiden. Dann könnte die Anzahl der Tageseltern, für die die Förderung abgerechnet wird, sogar höher sein als die im Antrag genannte Zahl, was zulässig wäre.

Abs. 3:

Die Förderung wird pro Kalenderjahr rückwirkend mit Beginn jenes Kalendermonats gewährt, in dem der Antrag gestellt wird (Förderungszeitraum). Sofern der Antrag bis 15. Februar des betreffenden Kalenderjahres eingebracht wird, wird die Förderung auch für den Jänner gewährt. Innerhalb des Förderungszeitraums sind drei Kalendermonate förderbar. Wie viele Kalendermonate konkret gefördert werden, hängt davon ab, für wie viele Kalendermonate die einzelne Tagesmutter/der einzelne Tagesvater die Überbrückungshilfe gewählt hat.

Eine Förderung für den Kalendermonat der Antragstellung des jeweiligen Kalenderjahres kann aber nur gewährt werden, wenn die Tagesmutter/der Tagesvater bereits mit Monatsersten dieses Kalendermonates in das System der Überbrückungshilfe optiert. Eine Förderung für Jänner des jeweiligen Kalenderjahres kann daher nur gewährt werden, wenn die Tagesmutter/der Tagesvater bereits mit 1.1. in das System der Überbrückungshilfe optiert (siehe § 3 Abs. 5 Z. 5 StKBFG 2019).

Zu § 6d:

Abs. 1:

Für jede Arbeitgeberin/jeden Arbeitgeber von Tageseltern wird nur ein Bescheid ausgestellt, in dem über die Förderungsbeiträge für alle Tageseltern gemeinsam entschieden wird. Eine Aufschlüsselung nach den Förderungsbeiträgen für die einzelnen Tageseltern ist dem Bescheid zu entnehmen.

Zu § 8a:

Die vorliegende Verordnung soll zeitgleich mit den entsprechenden Änderungen des StKBFG 2019 in § 3 Abs. 5 und Abs. 6 in Kraft treten.